



Gute Vorsätze

FERNSEHEN Im Sommer flimmert das Pantoffel-Parlament von Sabine Christiansen zum letzten Mal über den Bildschirm. Die Nachfolger wollen einiges anders machen, aber verraten wenig.

Von **FRANK ZIRPINS**. Der Autor arbeitet als freier Journalist in Köln.

Irgendwie polarisiert diese Frau, und wenn sie einem Bewunderung abnötigt, so lädt sie doch immer auch zum Lästern ein. In ihrer Talkshow, so schreibt der Publizist Walter van Rossum in seiner Polemik „Meine Sonntage mit ‚Sabine Christiansen‘“, gehe es „jeden Sonntag darum, Deutschland erst in Gefahr zu wiegen, um es anschließend zu retten.“ In seiner bitteren Abrechnung, die bereits 2004 erschienen ist, vertritt er die These, dass der Grundtenor des Formats darauf abzielt, den Zuschauern deutlich zu machen, wie sie ihr Leben dem Primat des Wirtschaftlichen unterzuordnen haben: „Die Zentralfunktion von Sabine Christiansen besteht darin, dem Publikum aus möglichst vielen kontrovers simulierten Richtungen eine Sicht der Dinge als das einzig Mögliche zu verkaufen.“ Noch deutlicher wird er an anderer Stelle: „Im Sendegebiet der deutschen Talkshow dürfte es keine politische Sendung geben, die auf ähnliche Weise die Wünsche der Chefetage ans Volk durchrei-

cht – und dabei eine unschlagbare journalistische Unbedarftheit an den Tag legt.“

Andere finden Christiansen einfach nur langweilig – und doch schauen immer noch viele zu. Von einer Erosion der Quoten kann keine Rede sein. 4,44 Millionen Zuschauer schalteten im Wahljahr 2005 durchschnittlich „Sabine Christiansen“ ein. Im ersten Jahr der großen Koalition waren es zwar nur noch 3,73 Millionen, doch zu Beginn dieses Jahres lag die Sendung wieder im Aufwärtstrend: 4,38 Millionen Menschen sehen derzeit zu. Wenn im Sommer Schluss ist, dann nur aus persönlichen Gründen. Die Gastgeberin sucht nach fast zehn Jahren Talk im Ersten ein privateres Leben und will sich um ihre Gesprächssendung „Global Players“ kümmern, einen englischsprachigen Wirtschaftstalk, der auf dem US-Sender CBS Europe ausgestrahlt wird.

Quoten, wie sie Sabine Christiansen erreicht, bedeuten einen erheblichen Einfluss. „Diese Sendung bestimmt die politische

Agenda in Deutschland mittlerweile mehr als der deutsche Bundestag“, attestierte Friedrich Merz seiner Gastgeberin in der 250. Sendung im Juni 2003 und ergänzte: „Das betrübt mich.“ Oft ist „Sabine Christiansen“ als „Ersatzparlament“ bezeichnet worden: In den letzten Jahren der rot-grünen Regierung ist die Debatte um die Agenda 2010 dort öffentlich geführt worden.

ZU VIELE ARBEITGEBER? Der Kölner Verein Lobbycontrol – Initiative für Transparenz und Demokratie e.V., der nach eigener Erklärung den Einfluss von Lobbyisten auf die öffentliche Meinung aufdecken will, gehört zu denen, die die Sendung von Sabine Christiansen auf dem Kieker haben. Sogar eine eigene Studie existiert. Ihre Autoren, Heidi Klein, eine studierte Politologin, die unter anderem mit Öffentlichkeitsarbeit für Castor-Blockaden Erfahrung hat, und Ulrich Müller, der für die Menschenrechtsorganisation FIAN und für das Kölner Max-Planck-



Fotos: picture alliance

TALKRUNDE, CHRISTIANSEN MIT NACHFOLGERIN WILL:
Frauenquote von zwölf Prozent

Institut für Gesellschaftsforschung in Köln gearbeitet hat, werfen der Redaktion der Sendung und ihrer Moderatorin vor, sich zu „Anwälten neoliberaler Gruppen“ zu machen und zu unkritisch mit deren Vertretern umzugehen. „Wer in der Sendung zu Wort kommt, hat mehr Einfluss auf die öffentliche Meinung als manch Abgeordneter, der sich in parlamentarischen Debatten müht“, schreiben Müller und Klein im Vorwort ihrer Studie zur Sendung. Die beiden Vorstandsmitglieder von Lobbycontrol haben die Sendungen von Januar 2005 bis Juni 2006 ausgewertet und die Ergebnisse unter dem Titel „Schaubühne für die Einflussreichen und Meinungsmacher – Der neoliberal gefärbte Reformdiskurs bei ‚Sabine Christiansen‘“ veröffentlicht.

Lobbycontrol hat die Talkshow-Gäste nach Gruppen geordnet, um die parteipolitische Zusammensetzung der einzelnen Talkrunden und die Kräfteverhältnisse von Unternehmer- und Arbeitnehmerseite zu ermitteln. Bei den Politikern ergab sich ein ausgewogenes Bild, das in etwa der Verteilung im 16. Deutschen Bundestag entspricht. Doch an einer typischen Talkrunde nehmen auch andere Gäste teil. Genau hier stellen Müller und Klein ein „Übergewicht der Arbeitgeber und Unternehmensvertreter gegenüber den Arbeitnehmern“ fest. 46 Vertreter

von Unternehmensführungen und Wirtschaftsverbänden standen mit 50 Auftritten im beobachteten Zeitraum 13 Gästen aus Gewerkschaften mit 16 Auftritten gegenüber.

In den Debatten, die sich explizit mit Reformthemen beschäftigten, zählten die Lobbyismus-Wächter 37 Auftritte für Vertreter von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, 13 auf Gewerkschaftsseite. Von zehn in den Sendungen vertretenen Wissenschaftlern, heißt es in der Studie, „stehen sieben in direktem Zusammenhang mit marktliberalen Organisationen oder Denkfabriken“. Ziel seiner Studie sei es gewesen, „dem NDR als verantwortlichem Sender aufzuzeigen, wo Nachbesserungsbedarf besteht – auch mit Blick auf die Nachfolge.“ Am meisten stört Müller, „dass es ein verzerrtes, elitäres Gästespektrum gibt, und dass die Zuschauer nicht darüber aufgeklärt werden, wenn Experten nicht unabhängig sind“.

„VÖLLIG DANEHEN“ Bei Christiansens Produktionsfirma TV21 ist die Studie nicht gut angekommen. „Wir haben lange intern darüber diskutiert“, sagt TV21-Sprecher Michael Ortmanns. Schließlich schickte man sogar einen eigenen Vertreter zur Pressekonferenz, auf der die Lobbycontrol-Studie vorgestellt wurde. Das Papier halte seine Firma aber für

„völlig daneben“. Die Produzenten vermuten, die Lobbywächter wollten lediglich Werbung in eigener Sache machen: „Die Methode der Studie ist nicht wissenschaftlich.“

Auf ihrer Webseite werben die Fernsehproduzenten damit, dass es der Redaktion seit vielen Jahren gelinge, „das richtige Thema zu finden, die richtige Besetzung“. TV21 wirft Müller und Klein gerade die Methode vor, die Gäste und ihre Herkunft über alle Sendungen hinweg aufzuaddieren. Wenn man jede Sendung einzeln betrachte, sagen sie, komme man zu einem anderen Ergebnis. Dann seien sogar mehr Sendungen überproportional links als überproportional rechts besetzt gewesen. „Die meisten Sendungen waren personell absolut ausgewogen“, so TV21.

Ortmanns erklärt außerdem „eine simple Zuordnung zu Lagern und Verbänden grundsätzlich für unsinnig“. Der Medienwächter sieht das ganz anders. „Gerade bei so genannten ‚Experten‘ ist die Zuordnung durchaus relevant“, meint er. Sein Vorwurf: Denn während „rechte“ oder „neoliberale Experten“ – etwa Vertreter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) – als Steuer- oder Gesundheits-Experten in der Sendung auftreten, werden „linke“ oder „dissidente“ Meinungen explizit als solche gekennzeichnet, etwa der Wissenschaftler Rudolf Hickel. Vertreter arbeitgeberfreundlicher Ansichten, wie Paul Kirchof, Bernd Raffelhüschen oder Hans-Werner Sinn, erscheinen damit als *Mainstream*, andere Ansichten werden als „Abweichungen“ dargestellt.

Die Medien- und Politikwissenschaftlerin Sabine Nehls von der Hamburger Universität sieht ein generelles Problem darin, dass bei Talkrunden wie „Sabine Christiansen“ Experten nicht als Lobby-Vertreter dargestellt werden. „Die Leute selber verschweigen das noch nicht einmal. Oft wird es aber von den Redaktionen nicht transparent dargestellt.“ Sie fordert von den Medien, klar zu sagen, für wen ihre Gäste tätig sind – in allen Formaten.

DREHEN AM KONZEPT Die Debatte über die Nachfolge von Sabine Christiansen geriet zur staatstragenden Affäre – ist der Sonntags-Talk das Ersatzparlament der Republik, ►

TAZ, 9.3.2007

Zum Klimaschutz-Vorstoß des IG-Metall-Boss Jürgen Peters für die Autoindustrie und zur Rolle der Betriebsräte:

„... bislang zogen diese häufig an einem Strang mit den Konzernvorständen, wenn es um die Abwehr strenger Umweltnormen ging. So zuletzt in der Energiewirtschaft, als ver.di Tausende von Mitgliedern zu einer Demo rief, damit möglichst alles bleibt, wie es ist. Deshalb ist es umso löblicher, dass der rote Peters nun grüne Wirtschaftsideale propagiert ... Doch Peters hat mit seinen Äußerungen auch Standards gesetzt, an denen sich die Betriebsräte der Automobilindustrie messen lassen müssen. Schließlich sitzen auch sie in den Aufsichtsräten und entscheiden mit über die Konzernpolitik.“ ■

FAZ, 15.3.2007

Über die Auftritte von Matthias Platzeck und Jürgen Rüttgers auf dem Europäischen Sozialstaatskongress von DGB und Hans-Böckler-Stiftung:

„Platzeck ... duzt die ‚lieben Freunde‘ im Saal ... Doch statt tosendem Beifall erntet der Politiker bloß aufgestaute Aggressivität ... Vereinzelt werden Rufe nach Oskar Lafontaine laut ... Als ‚neuer Arbeiterführer‘ wurde Rüttgers auf die Bühne gebeten. Von der anfänglichen Ironie ist am Ende nicht mehr viel zu spüren. Viel Beifall brandet dem Ministerpräsidenten entgegen – freilich auch deshalb, weil er alle heiklen Aussagen, darunter ein klares Bekenntnis zur Rente mit 67 ... dort gelassen hat, wo sie an diesem Vormittag besser aufgehoben sind: im Redetext.“ ■

DIE ZEIT, 22.3.2007

Zur Frage der angemessenen Vergütung von Betriebsräten:

„Eine funktionsgerechte Entlohnung kann andererseits leicht den Verdacht einer unzulässigen Begünstigung aufkommen lassen ... Für mehr Rechtssicherheit wäre zu erwägen, das Betriebsverfassungsgesetz so zu ändern, dass eine funktionsbezogene Bezahlung von hauptamtlichen Betriebsratsmitgliedern auf einfache Weise generell geregelt werden kann, etwa durch Betriebsvereinbarungen. Dazu müßte man sich freilich endgültig vom Leitbild einer prinzipiell ehrenamtlichen Betriebsrats Tätigkeit verabschieden. Mit der gesetzlichen Verpflichtung für größere Betriebe, eine nach Betriebsgröße gestaffelte Anzahl von Betriebsratsmitgliedern gänzlich von der Arbeit freizustellen, hat der Gesetzgeber aber ohnehin längst faktisch anerkannt, dass es dabei in größeren Unternehmen um Aufgabenbündel geht, die den vollen Einsatz von spezialisierten ‚Profis‘ erfordern. Es wäre nur konsequent, sie auch so zu bezahlen.“ ■

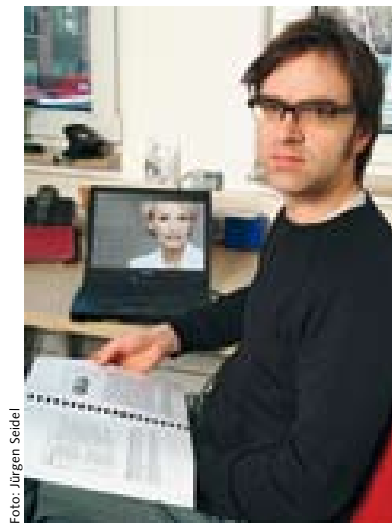


Foto: Jürgen Seidel

**MEDIENWÄCHTER
MÜLLER:** Verzerrtes
Gästespektrum

► dann ist der Moderator mindestens so wichtig wie der Bundestagspräsident. Der ARD-Programmchef Günter Struve hatte sich Günther Jauch ausgesucht, doch nach langen Verhandlungen sprang der RTL-Mann im Januar ab. Zu viele Indiskretionen aus den Rundfunkräten zermürbten den Strahlemann, zu viel Gegenwind blies der Galionsfigur aus der öffentlich-rechtlichen Welt entgegen. Bei der ARD besann man sich auf die eigenen Gewächse und regelte die Nachfolge des Sonntagstalks paritätisch: Tagesthemen-Moderatorin Anne Will übernimmt den Sonntag, WDR-Talker Frank Plasberg zieht mit seiner Sendung „Hart aber fair“ ins Erste um – Sendeplatz ist Mittwoch, um 21.45 Uhr. Ändert sich nun auch das Konzept?

Beide Moderatoren haben bereits angekündigt, dass sie sich von Christiansen unterscheiden wollen. „Wir wollen irritieren, Menschen aus eingefahrenen Denkweisen herausbringen, so wie wir selbst bei der Recherche darüber erstaunt sind, wie wenig unsere eigenen Vorurteile manchmal stimmen“, sagt Plasberg. Dabei dürfe die Sendung durchaus unterhaltend oder anrührend sein. Das „Grundaroma“, wie Plasberg es nennt, sei: „Politik trifft Wirklichkeit“. Das klingt ziemlich allgemein.

Auch aus Will ist derzeit wenig herauszubringen, sie ist offenbar noch in der Konzeptphase ihrer Sendung, die im September starten soll. „Ich werde mir die Gäste jedenfalls nicht nach Status, Prominenz oder Titel aussuchen, sondern nach der Relevanz ihrer Geschichten“, erklärte sie gegenüber dem Nachrichtenmagazin Spiegel. Generell spricht sie sich nicht gegen die Besetzung der Runde mit Vertretern von Parteien und Interessengruppen aus: „In zwei Jahren ist Bundestagswahl. Da können solche Runden durchaus spannend sein.“ Wirklich fest steht bisher nur, dass Will mehr Frauen in die Runde holen wird – Christiansen brachte es auf eine Frauenquote von gerade einmal zwölf Prozent. ■